

Der schlafende Riese erwacht

Südbadische Betriebe erwarten gute Geschäfte im IRAN – Unklare Sanktionspolitik brachte große Verunsicherung

Die exportorientierte Wirtschaft am Oberrhein reagiert zurückhaltend auf das Ende der Iran-Sanktionen, obwohl die Erwartungen groß sind. Das liegt vor allem an der widersprüchlichen Sanktionspolitik.

KLAUS RIEXINGER

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) konnte es nicht schnell genug gehen. Kaum war der Atomvertrag mit dem Iran unterschrieben, reiste er nach Teheran, um nach zehnjähriger Pause wieder Wirtschaftskontakte zu knüpfen.

Vom Ende der Sanktionen will auch die exportorientierte Industrie am Oberrhein profitieren. Doch das Thema gilt als schwierig. Kaum ein Unternehmen äußert sich zu seinen Ambitionen im Iran. Insider sprechen von vermintem Gelände. Angesichts restriktiver und komplizierter Regeln bewegten sich Unternehmen bislang auf unsicherem Terrain. Selbst wer sich an die Vorschriften gehalten hat, konnte als Sanktionsbrecher stigmatisiert werden. Das könnte sich nun ändern. Doch bis die Sanktionen tatsächlich fallen, dauere es noch ein halbes bis ein Jahr, sagt Christoph Münzer, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbandes WVIB in Freiburg. Münzer schätzt, dass zwischen 50 und 100 Unternehmen in der Region vom auflebenden Handel mit dem Iran profitieren könnten – vor allem im Maschinenbau. Der Beratungsbedarf von Mitgliedsunternehmen habe spürbar zugenommen, sagt Münzer. „Viele bereiten sich auf einen Markteintritt vor“, sagt Valentin Kaltenbach vom gleichnamigen Lörracher Maschinenbauunternehmen, „wenn die Türen aufgehen, muss man sehr schnell handeln können.“ Iran wird in der Wirtschaft als „schlafender Riese“ bezeichnet.

Doch der Staat macht es durch sein widersprüchliches Verhalten vor allem dem Mittelstand schwer. Frédéric Carrière, Refe-



Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (Zweiter von rechts) hatte es eilig, in den Iran zu kommen. FOTO: DPA

rent für Außenhandel der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südlicher Oberrhein, berichtet von einem geplanten Infoabend des Dachverbands DIHK zum Thema Iran vor rund zwei Jahren. In Berlin zeigte man sich wenig erfreut über die Veranstaltung. Der DIHK-Hauptgeschäftsführer wurde vom Kanzleramt gebeten, den Termin doch bitte abzusagen. Die Bundesrepublik Deutschland fürchtete um ihren Ruf. Infoveranstaltungen dieser Art wecken in Berlin unguete Erinnerungen. Durch eine Indiskretion war 2010 ein Protokoll aus der Deutsch-Emiratischen Industrie- und Handelskammer in Dubai bekannt geworden. Sie wollte 2009 eine „Arbeitsgruppe Iran“ mit dem Ziel gründen, „neue Zugangswege in den Iran zu schaffen“, wie die Welt erfuhr.

Dubai war da schon längst zur Drehscheibe für den Handel mit

dem von Sanktionen belegten Iran geworden. Diesen Umweg wollte die vom Wirtschaftsministerium mitfinanzierte Kammer auch für deutsche Unternehmen besser erschließen. Es gehe darum, „die Geschäfte unserer Mitglieder mit diesem Regime zu befördern“, wie im von der Welt zitierten Protokoll vermerkt wurde. Und dies, wenige Monate nachdem das Regime in Teheran die Demokratiebewegung brutal zusammenknüpfeln ließ. Blamiert war nicht nur die deutsche Kammer in Dubai, sondern auch die Bundesregierung. Hatte doch Bundeskanzlerin Angela Merkel noch 2007 erklärt, dass die Handelswege nicht über Umwege doch wieder in den Iran führen dürften. Gerüchte, wonach der Geschäftsführer der Kammer in Dubai nach dieser Affäre seinen Hut nehmen musste, sind falsch. Der

Mann leitet noch heute die Dependence. Offenbar war das Problem nur, dass das Protokoll öffentlich wurde.

Das Signal an deutsche Unternehmen konnte nicht verwirrender sein. Zumal andere Länder, die sich dem Boykott angeschlossen haben, oft eine laxe Einstellung an den Tag legen. Unter den Europäern nennt Carrière Italien an vorderster Stelle. Häufig werde über türkische Tochterunternehmen in den Iran geliefert. Ein offenes Geheimnis ist das Engagement von US-Unternehmen, die vermutlich auch über Dubai ihre Geschäfte abwickeln. Carrière sind bei einem Besuch mit einer DIHK-Delegation im April vor allem die Apple-Stores aufgefallen. Die USA übten auf die Europäer Druck aus – ihre eigenen Unternehmen ließen sie aber gewähren, sagt er.

Auch wer sich an Recht und Gesetz halten wolle, habe es schwer, sagt Carrière. Für Unternehmen sei nur schwer durchschaubar, was erlaubt ist und was nicht. Banken in Deutschland zögen es oftmals vor, eine Finanztransaktion für ein Unternehmen zu verweigern, bevor sie einen Fehler machten. Dasselbe gelte für Speditionen, die Waren in den Iran bringen sollen. „Die müssen vorher zig Listen prüfen“, sagt Carrière. Mittelständischen Unternehmen fehlten dafür Zeit und Know-how.

Das Kirzartener Stahlbau-Unternehmen Schauenberg schöpft jetzt wieder Hoffnung. 2002 hat Schauenberg ein Tochterunternehmen mit heute 180 Beschäftigten im Iran gegründet. Die Sanktionen haben das Unternehmen lange Jahre vom internationalen Handel abgeschnitten. Schauenberg, der nur für die zivile Industrie produziert, hielt sich penibel an alle Vorschriften. Seit 2006 habe es keine Lieferungen mehr an das Tochterunternehmen gegeben, sagt Geschäftsführer Guntram Winterhalter. „Es hat nur durch inneriranische Geschäfte überlebt.“ Sollten die Sanktionen jetzt fallen, dann bekommt es Schauenberg mit der asiatischen Konkurrenz zu tun, die die vergangenen Jahre nicht ungenutzt verstreichen ließ.

Ganz von vorne anfangen müsste der Maschinenbauer Weisser aus St. Georgen im Schwarzwald. 2008 hatte das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle die Lieferung von Weisser-Maschinen für die Autoindustrie – ein rein ziviles Geschäft – in den Iran verboten. Begründung: Eine Genehmigung würde in der internationalen Öffentlichkeit massive negative Reaktionen hervorrufen. Geschäftsführer Helmut Weisser äußerte sich damals entsetzt im ARD-Nachrichtenmagazin „Panorama“. Im Jahr darauf reiste der damalige Wirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg zur Eröffnung der DIHK-Zentrale nach Dubai. Schwer vorstellbar, dass er nicht wusste, was in Dubai passiert.